



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Gesetz zur Stärkung des zivilrechtlichen und strafrechtlichen Schutzes vor digitaler Gewalt

Aktuell seit 06.08.2026 13:41:42

Angegeben von:

Marburger Bund - Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e.V.
Bundesverband (R003043) am 06.08.2026

Beschreibung:

Bessere zivilrechtliche Durchsetzung (Auskunftsansprüche, Account-Sperren) und Schließung von Straflücken (z. B. bei bildbasierter sexualisierter Gewalt und Deepfakes)

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/7033 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu dem Antrag der Abgeordneten Stefan Schmidt, Matthias Gastel, Victoria Broßart, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 21/5782 - Das Potenzial außergerichtlicher Schlichtungsstellen für Reisende und Branche besser nutzen

Betroffene Interessenbereiche (1)

Sonstiges im Bereich "Recht" [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2608060018 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.05.2026 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]